

Am 1. Mai für den Service public auf die Strasse

Die in der FEDE vereinten Personalverbände und der VPOD rufen die Mitarbeitenden des öffentlichen und halböffentlichen Dienstes sowie alle, denen der Service public am Herzen liegt, dazu auf, am diesjährigen 1.-Mai-Umzug teilzunehmen und dem Staatsrat dadurch ihre Unterstützung für die Sicherheit und Qualität der öffentlichen Leistungen in Erinnerung zu rufen, welche letztlich auf der Beibehaltung aller Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes im Staatspersonalgesetz (StPG) beruhen.

Das HFR steht kopf

Dem Freiburger Spital geht es schlecht, das ist bekannt. Die am 25. April präsentierte Jahresrechnung hat dieses Bild noch zusätzlich bestätigt. Die in der FEDE vereinten Personalverbände schlagen bereits seit mehreren Jahren Alarm, doch das HFR setzt seine Irrfahrt einfach unbekümmert weiter fort.

Es ist von grosser Dringlichkeit, alle Parteien des HFR – Verwaltungsrat, Staatsrat und das Personal – an einem Tisch zu versammeln. Die Rhetorik des Verwaltungsrats spottet jeder Vernunft. Das Spital erziele Verluste, heisst es, also müsse man die Lohnsumme beschneiden.

Die Wahrheit liegt natürlich ganz wo anders: Das Spital wird heute völlig willkürlich geführt. Und aus reiner Bequemlichkeit und Folge weiterer Ungereimtheiten **zieht es der Verwaltungsrat vor, die Löhne zu kürzen, statt die institutionellen Prozesse einer genauen Analyse zu unterziehen.** Ein Austritt aus dem StPG trägt nicht zur Lösung der aktuellen Schwierigkeiten bei. Stattdessen würde er nur die Schwächung der Institution weiter vorantreiben.

Lohnkürzungen ohne anderweitiges signifikantes Engagement wären mit Sicherheit kontraproduktiv, da dies zu einem Abgang von kompetentem Personal und zu Rekrutierungsengpässen führen würde. Ausserdem wäre die dadurch erzielte Kostenreduktion ungenügend und proportionell weniger gewichtig als das durch organisatorisches und strukturelles Fehlverhalten erwirtschaftete Defizit. Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen würde die Ingangsetzung einer positiven Spirale, wie sie für die Kontinuität des HFR nötig ist, nur noch komplizierter machen.

Die Behauptung, dass das Überleben des HFR allein von der Möglichkeit von Lohnkürzungen abhängt, ist eine allzu vereinfachte und ganz und gar realitätsferne Vorstellung, welche das HFR schliesslich zu einem definitiven Vertrauensbruch mit seinen Mitarbeitenden, zusätzlichen Turbulenzen und in der Konsequenz zu einer Verschlechterung seiner Situation treiben würde.

Die Mitarbeitenden des HFR brauchen stattdessen gerade einen stabilen Status, wie alle anderen Mitarbeitenden des Service public auch. Es geht hier schliesslich um die

Gesundheit, die Bildung und die Sicherheit der Freiburger Bevölkerung.

Die Mitgliedverbände der FEDE fordern bereits seit vielen Jahren, dass diese Probleme endlich ernst genommen werden und alle betroffenen Akteure versammelt werden, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln. **Stattdessen arbeitet der Verwaltungsrat weiter isoliert in seiner Ecke und pflegt eine Kultur der Geheimhaltung. So ist uns zum Beispiel zu Ohren gekommen, dass die mit der Reorganisation bestimmter Abteilungen beauftragten Personen vom Verwaltungsrat dazu angehalten wurden, ihre Arbeit vertraulich zu behandeln und nicht mit den betroffenen Abteilungen in Kontakt zu treten.** Und wie soll man es bloss deuten, dass der Verwaltungsrat das Dossier zum Status des Personals hinter verschlossenen Türen diskutierte, unter Ausschluss der Personalvertretenden? Man meint zu träumen.

Der Verwaltungsrat und sein Präsident tragen bezüglich der Trägheit des Systems eine grosse Verantwortung. **Ein solch autoritärer Managementstil, der sich anmasst, immer recht zu haben, hat sich als völlig unangemessen und selbstzerstörerisch für das HFR erwiesen.** So kann es nicht mehr weitergehen. Mit seiner unverständlichen Politik hat der Verwaltungsrat das HFR bereits um drei Jahre betrogen. Es macht fast den Eindruck, dass dieser sich weigert, die richtigen Entscheidungen zu treffen, damit sich die Situation noch verschlimmert und er dadurch seine Obsession mit dem Austritt des Personals aus dem StPG rechtfertigen kann.

Wir fordern, dass sich der Verwaltungsrat, der Staatsrat und die Personalverbände so bald wie möglich zu Verhandlungen treffen. Ansonsten ist davon auszugehen, dass der Verwaltungsrat das Freiburger Spital absichtlich gegen die Wand laufen lässt.

Was die vorgestellten Zahlen betrifft – ob bei der Jahresrechnung oder den Rechtfertigungen für einen Austritt aus dem StPG – so können wir sie nur schlecht ernst nehmen. **Wir zweifeln die Zahlen des Berichts zum Austritt aus dem StPG an** und können den an der Medienkonferenz vom 25. April vorgestellten

Zahlen kein echtes Vertrauen entgegenbringen. **Das Spital hat grosse Probleme in seiner Rechnungsstellung und steht heute ohne einen Finanzdirektor da.** Die Liste des Fehlverhaltens im Management des Spitals ist nicht enden wollend.

Nun liegt der Ball beim Staatsrat. Auch dieser muss endlich seiner Verantwortung nachkommen. Er kann sich nicht weiter hinter der Phrase des «Einkäufers von Leistungen» verstecken. **Der Staatsrat muss auf politischer Ebene intervenieren, um eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zu fordern, die heute fast alle Spitäler in die roten Zahlen stürzen.** Schliesslich obliegt ihm die Verantwortung für die Gesundheitspolitik gegenüber der Bevölkerung des Kantons. Ausserdem hat er den Verwaltungsrat aufgestellt. Der Staatsrat muss daher die Zügel unverzüglich wieder in die Hand nehmen und für eine Finanzierung sorgen, die es dem Spital erlaubt, weiterhin qualitativ hochstehende Leistungen zu erbringen. Es ist an der Zeit, gemeinsam eine Vision für unser ÖFFENTLICHES Spital zu entwickeln.

Pensionskasse – wir warten auf Informationen

Die Pensionskasse der Staatsangestellten von Freiburg muss ihren Vorsorgeplan anpassen. Der Vorstand der FEDE wartet auf Informationen, um ihre Forderungen hinsichtlich der Erfüllung der Verantwortlichkeiten des Staates gegenüber einem loyalen und leistungsbereiten Personal zu formulieren.

Die ersten Gespräche sollen bereits vor dem Sommer stattfinden. Die Vernehmlassung ist für diesen Herbst vorgesehen und die vorgeschlagene Planung sieht eine **Inkraftsetzung des neuen Plans per 1. Januar 2020** vor. Diese Planung ist sehr knapp.

Die FEDE setzt sich für die Eingrenzung von Verschlechterungen ein und verteidigt die Interessen der Mitarbeitenden. Die Einbeziehung des Personals durch die Mitgliedverbände wird dabei eine wichtige Rolle spielen und **die FEDE fordert ausreichend Zeit, um die nötigen Diskussionen zu einem**

Thema mit so wichtigen Auswirkungen für die Staatsangestellten führen zu können.

Zur Erinnerung, die Delegierten der FEDE im Vorstand der Pensionskasse haben die Aufgabe, um die finanzielle Gesundheit und die Kontinuität der Pensionskasse besorgt zu sein. Die FEDE als Sozialpartnerin ist hingegen für die Verteidigung der Interessen des Personals zuständig. Dabei gilt es nicht einfach, diese beiden Herausforderungen miteinander zu vereinen, es sei denn, der Arbeitgeber übernimmt von alleine seine Verantwortlichkeiten und seinen Teil zur Sanierung der Finanzen. Es ist eine grosse Herausforderung, die uns hier bevorsteht.

Revision des StPG – es droht eine neue Personalpolitik

Der FEDE wird sich mit der Zusammenstellung einer Arbeitsgruppe zur Personalpolitik beschäftigen. Gleichzeitig wird der Staatsrat seine Mission zur Revision des StPG in Gang setzen.

Eine höchst riskante Vorgehensweise. Für die FEDE ist die aktuelle Gesetzesgrundlage überzeugend. Die damit in Verbindung stehenden Schwierigkeiten entspringen eher Problemen mit der Anwendung als mit der Definition.

Was sich ändern muss, ist die Mentalität des Staates: Dieser sollte eine Personalpolitik verfolgen, welche auf Vertrauen und Motivation und nicht auf Kontrolle und Verdacht beruht. Dieser Generalverdacht kommt in den Projekten und Vorschlägen der staatlichen Instanzen nur allzu deutlich zum Ausdruck. Stattdessen sollten letztere eine Personalpolitik vorantreiben, welche die Mitarbeitenden in den Entscheidungsprozess miteinbezieht und die Konzepte dieser Integration zuvor festlegt.

Der Ausschluss der Delegierten des Personal bei den Diskussionen um das HFR macht deutlich, welch weiten Weg unsere Behörden in Richtung Vertrauen noch zurücklegen müssen. Die Beispiele dafür sind zahlreich. Man fühlt sich etwa an das Projekt PERSEVAL (Evaluierung des Personals) erinnert, welches

unserer Meinung nach den Akzent noch zu sehr auf Kontrolle und nicht genügend auf Motivation setzt.

Ein Kulturwandel muss her: Vertrauen statt Misstrauen. Dafür müssen wirksame Mittel bereitgestellt werden, **um das Personal zu motivieren, statt unverhältnismässig viel Energie darauf zu verwenden, einzelne Individuen zu sanktionieren.**

Die FEDE wird sicherstellen, dass dieses Projekt in diesem Sinne angegangen wird und dass das Gesetz das Personal unterstützt, statt es noch zu zusätzlich zu prekarisieren.

Die FEDE steht im Dienste des gesamten Personals

Der Vorstand der FEDE hat sich am 14. März dieses Jahres getroffen, um über seine Rolle und die Richtung seiner weiteren Aktionen zu diskutieren. Zur Erinnerung: Unsere Organisation kann auf mehr als **60 Jahre Erfahrung** setzen und verfügt dank der Partnerschaft mit dem VOPSI seit 2007 auch über ein professionelles Sekretariat.

Die FEDE ist eine Dachorganisation, welche die Interessen des gesamten Personals verteidigt. Was die Verteidigung der Mitglieder und die Organisierung gewerkschaftlicher Mobilisierungen betrifft, sind die Mitgliedverbände zuständig. Die FEDE koordiniert nur die einzelnen Aktionen.

Dank ihrer Rolle als verlässlicher Partner war die FEDE an der Umsetzung von EVALFRI beteiligt und konnte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Staat Freiburg beitragen. Zudem konnte die FEDE ihre Mitgliedverbände unterstützen und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Personals in jedem Sektor beitragen. Als Beispiele können etwa die Zubilligung einer fünften Ferienwoche, die Entschädigung der Nacharbeit sowie eine signifikante Verbesserung der Lohnbedingungen dienen.

Diese Errungenschaften zu verramschen, kommt für uns nicht in Frage. Wir verteidigen unseren Status mit allen Mitteln und setzen uns für die Aufrechterhaltung von qualitativ

hochstehenden Dienstleistungen für die Bevölkerung dieses Kantons ein.

Die FEDE möchte weiterhin seine Rolle eines verantwortungsbewussten Sozialpartners erfüllen. Wir ziehen Verhandlungen und das Gespräch dem Einsatz von Kraftdemonstrationen vor. Wir wollen mitarbeiten, nicht bekämpfen.

Sofern unser Partner, nämlich der Staat als Arbeitgeber, ebenfalls in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten möchte, verfügen wir über die Mittel, um Konflikte zu vermeiden, was wir uns unsererseits wünschen.

Wir können nur hoffen, dass der Staatsrat und der Grosse Rat ebenfalls einen gesunden Menschenverstand walten lassen.

Wir danken dem Personal für seine Unterstützung und sein Vertrauen.

News

Die FEDE konnte sich den parlamentarischen Gruppen der politischen Parteien des Grossen Rates vorstellen.

Volksversammlung zum Service public

Gemeinsam mit anderen Dachorganisationen aus der Westschweiz wird die FEDE für den 31. August eine Volksversammlung zum Service public organisieren. Das Ziel besteht darin, die Bevölkerung an die wichtige Rolle des Service public sowie seinen Beitrag zum allgemeinen Wohlbefinden und dem sozialen Zusammenhalt zu erinnern